

PLENUM 2018



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Bezirksparteitag der SPD Mittelfranken in Ansbach

GABRIELA HEINRICH:

Asylverfahren: Die Verwaltungsgerichte entlasten

MARTIN BURKERT:

Girls Day: Heather blickt hinter die Kulissen

CARSTEN TRÄGER:

Aktionsplan Insektenschutz

MARTINA STAMM-FIBICH:

Brückenteilzeitgesetz vor dem Abschluss

Klare Worte beim Parteitag

SPD Mittelfranken stellt Programm vor. Carsten Träger als Vorsitzender bestätigt

Im stimmungsvollen Ambiente der Orangerie Ansbach erlebten die 95 Delegierten einen lebendigen Parteitag mit kämpferischen Reden von Generalsekretär Uli Grötsch und den mittelfränkischen Spitzenkandidaten Horst Arnold (Landtag) und Christa Naaß (Bezirkstag). Außerdem auf dem Programm: die Verabschiedung eines Programmpapiers zur Landtags- und Bezirkstagswahl, eine lebhaft angelegte Antragsberatung und Wahlen des Vorstandes.

Unter den Teilnehmern war das mittelfränkische MdB-Team fast vollständig vertreten. Leider musste Gabriela Heinrich gesundheitsbedingt passen. Mit einer kämpferischen Rede schwor BayernSPD-Generalsekretär Uli Grötsch die Genossinnen und Genossen auf die kommenden Wochen und Monate im Wahlkampfmodus ein.

Carsten Träger stellte sich erneut zur Wahl für das Amt des Vorsitzenden. Neben einer erfolgreichen Bilanz und dem Dank an die Haupt- und Ehrenamtlichen erlaubte sich Carsten thematische Anmerkungen. Er forderte eine linke Auseinandersetzung mit dem Begriff Heimat, die SPD solle und dürfe diese Debatte nicht den Konservativen überlassen. „Unsere Partei hat dieses Land aufgebaut und immer für eine offene, bunte und sozial gerechte Gesellschaft gekämpft. Ich will als Linker auch stolz sagen, dass Deutschland meine Heimat ist“, erörterte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Der Kampf gegen Rechts gehöre aus Tradition



Der neue Bezirksvorstand der SPD Mittelfranken. Mit Carsten Träger als Vorsitzenden, Martina Stamm-Fibich (Schatzmeisterin) und Gabriela Heinrich (Beisitzer) sind drei MdBs dabei.

zur SPD und habe mit der AfD einen neuen Gegner bekommen. Abschließend forderte Carsten eine Auseinandersetzung mit Hartz IV –, um endlich nach vorne schauen zu können. „Dieser Prozess darf gerne länger dauern, aber dann muss es gut sein. Sonst verstellt uns der Blick in den Rückspiegel den Weg in die Zukunft.“

91,2 Prozent der Delegierten gaben Carsten ihre Stimme und bestätigten ihn im Amt. Philipp Dees, Marcel Schneider, Gabriela Sehorz und unterstützen ihn in Zukunft als seine Stellvertreter. Victor Strogies tritt in dieser Funktion die Nachfolge von Amely Weiss an. Martina Stamm-Fibich bleibt Schatzmeisterin.

Uli Grötsch und die mittelfränkischen Spitzenkandidaten für Land- und Bezirkstag, Horst Arnold und Christa Naaß nutzten den Anlass zur Kritik an

der bayerischen Staatsregierung samt neuem Ministerpräsidenten. „Herr Söder hat drei Dinge versucht – und alle drei sind in die Hose gegangen. Polizeiaufgabengesetz, PsychKG und die Kruzifixnummer haben gezeigt: Herr Söder hat eine große Klappe und nichts dahinter“, stellte Uli Grötsch fest. Die SPD sei die einzige echte Alternative zur CSU, da sie sich noch nicht als Partner für eine Koalition angeboten habe. „Die CSU faselt über Hyperloops und Flugtaxis, wir fragen uns lieber, wie alle an bezahlbaren Wohnraum kommen“, hielt Uli fest.

Die Delegierten zeigten mit der Verabschiedung ihres Programmpapiers und intensiven, konstruktiven Antragsdebatten, worum es der mittelfränkischen SPD geht: Bezahlbares Wohnen, Inklusion als Gesellschaftsthema, Bildung und gerechte Rentenpolitik.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

 gabriela.heinrich@bundestag.de

 030 - 227 758 44

 www.gabriela-heinrich.de

 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Die Gerichte entlasten

Ende 2017 waren bundesweit 372.000 Asylklagen anhängig. Verfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Im ersten Schritt gibt es mehr Personal.

Was passiert eigentlich, wenn ein Asylantrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt wird? Den Antragstellenden bleibt dann nur noch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht, um (vorerst) bleiben zu können.

Menschlich ist es verständlich, dass fast alle Betroffenen gegen einen ablehnenden Asylbescheid klagen. Die hohe Zahl der Asylanträge im Jahr 2016 hat – zeitverzögert – die Gerichte erreicht. Ende 2017 waren bundesweit rund 372.000 „Asylklagen“ anhängig, rund 50.000 davon in Bayern. Etwa 80 Prozent der Klagen bleiben am Ende erfolglos. Für die zuständigen Verwaltungsgerichte bedeuten die vielen Klagen eine massive Überlastung, zumal sie nicht nur in Asylan-

gelegheiten urteilen müssen. Die Dauer der Prozesse – derzeit rund acht Monate im Schnitt – droht deutlich zu steigen. Daran kann niemand ein Interesse haben. Auch die Flüchtlinge selbst brauchen zeitnah Klarheit darüber, ob sie bleiben können oder nicht.

Zwar haben die Länder bereits zusätzliches Personal eingestellt. Auch im Gerichtsverfahren hatte die Große Koalition schon letztes Jahr eine Vereinfachung durchgeführt, um Grundsatzzfragen schneller höchstinstanzlich beim Bundesverwaltungsgericht klären zu lassen. Eine Länderinitiative der SPD will nun in diese Richtung weitergehen und mit weiteren Maßnahmen die Verfahren vereinfachen und damit beschleunigen. Auf letzte-

res haben wir uns auch im Koalitionsvertrag geeinigt. Über die konkreten Maßnahmen müssen wir uns aber noch mit der Union verständigen.

Unser Ziel: Verwaltungsgerichte sollen mehr Orientierung durch höherinstanzliche Entscheidungen erhalten. Also zum Beispiel eine Einschätzung, ob eine bestimmte Bevölkerungsgruppe in einem bestimmten Land vom Staat verfolgt wird oder nicht. Damit würde auch die Rechtsprechung bundesweit einheitlicher. Für die Länderinitiative gibt es breite Unterstützung der Fachwelt.

Einigkeit gibt es über einen „Pakt für den Rechtsstaat“. 2.000 neue Stellen sollen damit an den Gerichten entstehen und diese entlasten.

Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht

Die Religionsfreiheit oder Bekenntnisfreiheit ist ein wichtiges Menschenrecht und war jetzt im Bundestag erneut Thema. Einerseits durch einen (heuchlerischen) AfD-Antrag, bei dem es vor allem darum ging, gegen Muslime zu hetzen. Andererseits auch durch den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Weltweit werden Menschen wegen ihrer Religion verfolgt. Dies betrifft Christen in islamisch geprägten Staa-

ten. Aber auch Muslime, die zum Beispiel in Myanmar von Buddhisten verfolgt werden. In vielen Ländern gibt es Benachteiligungen aufgrund einer Religionszugehörigkeit. Der Religionswechsel steht in manchen Ländern oder Regionen unter Strafe, zum Beispiel in Teilen Indiens.

Den besten Schutz vor Verfolgung – für Alle – bieten Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. In unserer Entwicklungszusammenarbeit fördern wir in diesem Bereich mit über einer Milliarde Euro 155 Projekte in Entwick-

lungsländern. Dabei geht es auch darum, die Zivilgesellschaft zu stärken. Generell sind die Kirchen zudem ein wichtiger Partner unserer Entwicklungszusammenarbeit.

Um das Recht auf Religionsfreiheit oder Bekenntnisfreiheit darüber hinaus zu stärken, haben wir das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit geschaffen und werden den Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit im zweijährigen Rhythmus fortzuschreiben.



Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

✉ martin.burkert@bundestag.de

☎ 030 - 227 733 63

🌐 www.martin-burkert.de

📘 facebook.com/burkertmartin

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Heathers Blick hinter die Kulissen des Bundestags

Die 15-jährige Schülerin aus Nürnberg war beim Girls Day in Berlin zu Gast. Treffen mit Andrea Nahles und Diskussionen über mehr Gleichberechtigung.

Am 25. und 26. April hatte ich Heather Easton im Rahmen des Girls Day 2018 zu Gast in Berlin. Ich habe mich über Heathers Besuch sehr gefreut. Der Girls Day der SPD-Bundestagsfraktion ist eine tolle Möglichkeit, politisch interessierten Mädchen aus dem ganzen Bundesgebiet die Möglichkeit zu geben, einen Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages zu werfen.

Noch immer sind Frauen in vielen Berufen deutlich unterrepräsentiert. Auch in der Politik brauchen wir mehr Frauen, damit politische Entscheidungen mehr aus beiden Perspektiven diskutiert werden. Der Girls Day bietet eine gute Gelegenheit, um Schülerinnen Einblicke in den politischen Alltag zu gewähren und sie für den Beruf der Politikerin zu begeistern.

Heather ist 15 Jahre alt und besucht das Johannes Scharrer Gymnasium in Nürnberg. Als ich Heather nach ihrem Interesse an Politik fragte antwortete sie mir, dass es für sie absolut wichtig sei, Interesse an Politik zu haben und sich dafür zu engagieren, da es um die Zukunft aller gehe.

Heather erzählte, ihre Klasse habe sich in diesem Schuljahr in Sozialkunde viel mit Gleichberechtigung und der Rolle der Frau befasst und sie habe



Meinungsaustausch im Bundestag: Heather Easton trifft bei ihrem Besuch im Bundestag nicht nur MdB Martin Burkert, sondern auch die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles. F: Andreas Amman

ein Portfolio über Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen erstellt. Da hat der Girls Day natürlich sehr gut zu ihrem Interesse gepasst.

Nach den zwei Tagen in Berlin schrieb mir Heather in ihrem Abschlussbericht jedenfalls, dass es ihr sehr gut gefallen und sie in der kurzen Zeit einiges dazu gelernt habe. Vor allem hat sie natürlich einen spannenden Einblick in die Gesetzgebung erhalten. Besonders gefallen habe ihr außerdem das gemeinsame Frühstück im Fraktions-sitzungssaal der SPD, wo alle Mäd-

chen die Gelegenheit hatten, unserer Fraktionsvorsitzenden Fragen zu stellen. Der Aussage von Andreas Nahles, dass sich Mädchen gegenseitig mehr unterstützen sollten, stimmte Heather voll zu. Und auch ich kann nur dazu ermuntern.

Früher wie heute ist es eine wichtige Aufgabe, junge Leute für Politik zu begeistern. Der Girls Day bietet dafür auf jeden Fall beste Voraussetzungen mit einem abwechslungsreichen Programm und interessanten Gesprächen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Der erste Schritt zum Aktionsplan Insektenschutz

Das Verbot von Neonicotinoiden soll das Sterben von Bienen und Insekten eindämmen. Unverantwortliches „Ja“ zu Glyphosat steht auf dem Prüfstand.

In der abgelaufenen Sitzungswoche versuchte die Fraktion Bündnis90/Die Grünen mit ihrem Antrag auf ein generelles Pestizidverbot den großen Rundumschlag. Dem habe ich sachlich entgegnet, dass wir an mehreren Stellen im Koalitionsvertrag die Problematik des Pestizideinsatzes in unserer Natur/Landwirtschaft erkannt haben und angehen. Uns muss niemand in der Verantwortung für die Umwelt zum Jagen tragen. Unsere Umweltpolitik hat das nächste wichtige Ziel bereits fest im Fokus.

Noch vor der Sommerpause des Parlaments wird das Umweltministerium die Eckpunkte unseres Aktionsplans Insektenschutz vorstellen. Dabei ist zum Wohle der Artenvielfalt eine enge Abstimmung aller beteiligten Ministerien gefragt – und die Union kann zeigen, ob ihr das Wohl der Bienen und der Insekten allgemein wirklich am Herzen liegt.

Ein erster Schritt ist gemacht. Die EU hat den Einsatz von Neonicotinoiden unter freiem Himmel verboten, dem nachweislich größten Verursacher des Bienen/Insektensterbens, durch die EU-Kommission muss das Aus von Glyphosat zwangsläufig folgen. „Alles, was der Biene schadet, muss vom Markt“, hat die Ministerin für Landwirtschaft und Ernährung, Julia Klöckner,



Seit Jahren ist die Population der Bienenvölker rückläufig. Ein Grund ist der Einsatz von Neonicotinoiden, die nun verboten sind.

Foto: mashiro2004-stock.adobe.com

öffentlich geäußert – daran werden wir sie messen. Als Nächstes bereits beim Thema Glyphosat im Sinne einer Ressourcen schonenden, nachhaltigen Landwirtschaft für den Erhalt der Artenvielfalt.

Immerhin ist Glöckners Einsicht ein deutlicher Kontrapunkt zu ihrem Vorgänger Christian Schmidt (CSU). Der hatte nicht nur das unverantwortliche „Ja“ zu Glyphosat bei der EU im Alleingang zu verantworten, sondern ließ auch fahrlässig alle Chancen auf ein Verbot der Neonicotinoide verstreichen, die letzte noch als geschäftsführender Minister nach der Veröffentlichung der neuen Risikobewertung.

Pestizide - Nachhaltige Strategie im Blick

Die veröffentlichte Risikobewertung der Pestizide/Stoffe Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin hat klar deren schädigende Wirkung auf nützliche Insekten wie zum Beispiel die Bienen herausgestellt.

Die EU-Kommission hat nun deshalb ein generelles Verbot für die Freilandanwendung beschlossen. Mit der Zustimmung Deutschlands. Dafür hat die Union in Person von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner endlich grünes Licht gegeben.

Langfristig gesehen muss darüber hinaus eine Ackerbaustrategie das Ziel sein, die nahezu ohne Pestizideinsatz auskommt, wir sollten als Antwort auf ein Verbot nicht nur ein Gift durch ein anderes mit noch bestehender Zulassung ersetzen.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Brückenteilzeit wird kommen

Neues Gesetz ergänzt das Teilzeit- und Befristungsgesetz. Beschäftigte können künftig ihre Arbeitszeit verkürzen und dann wieder in den Job zurückkehren.

Am 1. Mai begehen wir den Internationalen Tag der Arbeit: Sie spielt in unserem Leben eine sehr wichtige Rolle. Die Arbeitszeit muss aber zum Leben passen. Es gibt Situationen, in denen Zeit auch außerhalb der Arbeit besonders gefordert ist. Mit Elternzeit, Pflegezeit und Familienpflegezeit haben Beschäftigte jetzt schon für bestimmte Situationen das Recht, ihre Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren. Fast eine Million Beschäftigte möchten laut Mikrozensus ihre Arbeitszeit reduzieren.

Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit ist ein wichtiges Thema für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist wichtig, dass Teilzeitarbeit nicht mehr zur „Falle“ werden darf, die insbesondere für Frauen zu oft in die Altersarmut führt. Mit der neuen Brückenteilzeit bauen wir eine für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber verlässliche



Der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (2.vl.) zur Brückenteilzeitarbeit wird bald in der Bundesregierung abgestimmt. Foto: Andreas Amann

Brücke in zeitlich begrenzte Teilzeit und zurück zur vorherigen Arbeitszeit.

Der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil wird jetzt in der Bundesregierung abgestimmt. Die Brückenteilzeit werden wir mit einer Ergänzung des bewährten Teil-

zeit- und Befristungsgesetzes einführen. Es wird für Arbeitgeber mit mehr als 45 Beschäftigten gelten. Die Unionsparteien wollten die Grenze erst bei 200 Beschäftigten einziehen. Damit wären sehr viele Beschäftigte von dem Recht auf befristete Teilzeit ausgeschlossen geblieben.

Gewerkschaft der Polizei reicht Petition ein

Steigende Mieten in den Ballungsräumen sind auch für viele Bundespolizistinnen und -polizisten ein wachsendes Problem. Deshalb habe ich mich mit dem Vorsitzenden der GdP Junge Gruppe Bundespolizei Martin Friese und seinem Kollegen Phillip Stock zum Gespräch getroffen.

Im Rahmen ihrer Kampagne „Kaufkraftausgleich – Ihr braucht uns?“

Dann tut was!“ haben sie unter anderem eine Petition beim Bundestag eingereicht. Sie fordern mehr Geld für die Beamtinnen und Beamte um die steigenden Lebenshaltungskosten in den großen Städten auszugleichen, außerdem eine Wiederbelebung der Wohnungsfürsorge für Bundesbeamte. Das sind Forderungen, die ich unterstütze! Ausführliche Informationen: www.gdp-bundespolizei.de



Martin Friese (li.) und Phillip Stock überreichten Martina Stamm-Fibich die Petition der Gewerkschaft der Bundespolizei.